

Feindbild Amerika in der DDR?

- 1. Nachwirkungen?**
- 2. Über Stereotype, Vorurteile und Feindbilder**
- 3. Die Amerikapolitik der DDR**
- 4. Das offizielle Amerikabild und seine Wirkungen**

Feindbild Amerika in der DDR?

1. Nachwirkungen?

Eine Mehrheit der Deutschen war gegen den jüngsten Irak-Krieg. Viele der demoskopischen Befunde und Analysen des Meinungsbildes der deutschen Bevölkerung zur militärischen Beseitigung des Hussein-Regimes hoben ausdrücklich hervor, dass die Ablehnung der militärischen Intervention im Irak bei den Ostdeutschen noch ausgeprägter als bei den Westdeutschen war (und ist). Obwohl der Irak-Krieg von einer Koalition von Ländern, darunter Polen, geführt wurde, belebte die Ablehnung der Aktion durch die deutsche Regierung und den größeren Teil der deutschen Bevölkerung die Anti-Amerikanismus-Debatte in der deutschen Öffentlichkeit. Dazu haben die teilweise schrillen Töne und ungewöhnlich schroffen Reaktionen der gegenwärtigen Bush-Administration natürlich ebenso beigetragen wie die unbestreitbare Tatsache, dass die USA als einzig verbliebene Weltmacht militärisch und politisch nun einmal der maßgebliche Akteur unter den Befürwortern einer militärischen Lösung waren. Dennoch: Wer käme auf die Idee, angesichts der seltenen Übereinstimmung von gegenwärtiger Regierung und Bevölkerungsmehrheit in Deutschland die Frage zu stellen, ob bei der ablehnenden deutschen Haltung nicht tieferliegende antibritische oder gar antispanische Ressentiments im Spiel seien? Im Falle der Vereinigten Staaten geschah aber genau dies. Die USA sind seit langem für

den Rest der Welt ein besonderes Land. Und das amerikanisch-deutsche Verhältnis gehört angesichts der deutschen Geschichte seit 1945 zu den öffentlichen Gütern, die besonders behutsam zu behandeln sind. Von der Beteiligung der USA an der Anti-Hitler-Koalition über den Marshall-Plan, die „Luftbrücke“ 1948/49 angesichts der sowjetischen Westberlin-Blockade bis hin zur maßgeblichen Rolle der USA beim Zustandekommen der deutschen Einheit lassen sich zahllose historische Beispiele finden, die Anlass zu Dankbarkeit der Deutschen gegenüber Amerika Anlass geben.

Die stärker ausgeprägte Ablehnung des Irak-Krieges durch die Ostdeutschen führt - wie so häufig seit 1990 bei „Feststellungen“ tatsächlicher oder vermeintlicher deutsch-deutscher Differenzen – zu der fragenden Vermutung: Wirkt da etwas nach, was vor 1990 Prägekraft besaß? Werden die Ostdeutschen in ihrer Haltung zum Irak-Krieg von Einstellungen, Werten oder auch *national images* geleitet, die in der DDR ausgebildet wurden? Gar von einem „Feindbild USA“?

Am 28.03. diesen Jahres veröffentlichte die „Thüringer Allgemeine“ unter dem Titel „Unselige Erinnerung. Botschaft aus Baltimore: Kritische Geister in der DDR und kritische Geister heute in Amerika“ einen Brief von Uta und Ed Larkey an ihre Freunde in Thüringen. Uta Larkey stammt aus Gera; 1984 reiste sie mit ihrem Mann in die USA aus. Ed Larkey, Amerikaner, studierte in der DDR, ehe er in den USA – wie seine Frau – eine akademische Karriere bzw. Lehrtätigkeit begann. Beide erweisen sich in ihrem Brief als Angehörige des Teils der Amerikaner, die entschieden gegen den Krieg waren. Wohl in den meisten Argumenten und Positionen, die die Larkeys ihren Freunden in Thüringen mitteilen, dürften die Leser der „Thüringer Allgemeine“ ihre eigenen Positionen, Bedenken und Zweifel wiedergefunden haben. Die Larkeys halten den Krieg für „verbrecherisch“ und „schädlich für den Weltfrieden und die irakischen Zivilisten, die ja schon immer die Leidtragenden der irakischen (und US-amerikanischen) Politiker waren.“ Ed Larkey empfindet es als persönliche Beleidigung, „dass ich eine Geisteshaltung erneut erleben muss, die mich an die unseligen 50er Jahre erinnert, als die US-Regierung als Weltpolizist in der Dritten Welt überall aufkreuzte, um ‚Freiheit und Demokratie‘ zu verteidigen. Noch schlimmer ist, dass diese Regierung die Lehre des Vietnamkrieges vergessen möchte: Man kann anderen Völkern eine Regierung nicht aufzwingen. Natürlich ist Saddam Hussein ein Diktator, der allerdings auch durch die Hilfe der USA an die Macht kam“. Nun ist an der Position Uta und Ed Larkeys viel Richtiges, einiges Bedenkenswertes und einiges, dem zumindest ich widersprechen würde.

Grundsätzlich müssten wir über den Zusammenhang von staatlicher Souveränität, Menschenrechten und *international* (UNO) gebilligten militärischen Interventionen sprechen, wenn wir herausarbeiten wollten, worin sich die heutigen internationalen Verhältnisse von denen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts unterscheiden. Aber das ist nicht mein Thema.

Meine Themenstellung ist das „Feindbild Amerika in der DDR“. An den Positionen der Larkeys kann ich weder im kritischen noch im „dogmatischen“ Sinne etwas DDR-spezifisches (auch nichts amerika-spezifisches) erkennen. Sie vertreten eine Position, die sich bei Gegnern der Irak-Intervention von Moskau bis Berlin, von Mainz bis Erfurt usw. finden Und ich möchte auch angesichts des Mangels an soliden empirischen Befunden dafür plädieren, nicht kurzschlüssig von der stärkeren Ablehnung der militärischen Intervention im Irak durch die Ostdeutschen auf eine „DDR-Sozialisation“ oder gar die *lineare* Nachwirkung DDR-typischer Feindbilder zu schließen. Man kann gegen Kriege völlig unabhängig davon sein, welches die Kombattanten sind und wie man die „Schuldfrage“ beurteilt. Und man kann gegen einen von den Vereinigten Staaten geführten Krieg sein, ohne antiamerikanisch zu sein oder gar mit den USA ein Feindbild zu verbinden. Wenn man sich die Einstellungsforschung und die Politische Kultur-Forschung vor Augen hält, die in den letzten 13 Jahren über Ostdeutschland durchgeführt wurde, dann läßt sich als eine Besonderheit der Ostdeutschen mit viel Evidenz und Plausibilität festhalten, dass viele Menschen im Osten noch immer Realität(en) stärker an idealen Vorstellungen messen und so auch zu ihren Bewertungen kommen. Man hat eine „Vorstellung“ von Demokratie (meist stärker basisdemokratisch), und wenn die eigenen Erfahrungen mit und in der Demokratie diesen Vorstellungen nur teilweise oder gar nicht entsprechen, dann hat man sich das „so nicht vorgestellt“. Ich würde die Hypothese wagen, dass auch die (punktuellen) Meinungen und Einstellungen zum Problem Krieg und Frieden in der heutigen Welt auf ähnliche Weise zustande kommen.

Ehe ich etwas „wissenschaftlicher“ auf das Feindbild-Thema eingehe, sei mir gestattet, dass ich an einem – wie ich finde – sehr eindrucksvollen Beispiel veranschauliche, wie das „Feindbild USA“ in der DDR der 50er Jahre aussah. Wenn wir heute, dem 17. Juni 2003, des Volksaufstandes (und seiner Opfer) vor genau 50 Jahren gedenken, dann erscheint uns dieses Ereignis als Sinnbild und Menetekel der DDR. In Heft 27 / 1953 der *Neuen Berliner Illustrierte* (NBI) findet man die

folgende ebenso typische wie absurde „Erklärung“ des 17. Juni: „Fast möchte man sagen, rollten die wohl vorbereiteten und beschämenden Ereignisse des 17. Juni mit automatischer Präzision ab. Beiderseits der Berliner Sektorengrenze. Unser Bildbericht beweist: Die Provokationen nahmen ihren Ausgang von den Westsektoren – unabhängig von der berechtigten Unzufriedenheit der Bauarbeiter und ihren Forderungen. Sie spielten sich in der Hauptsache unmittelbar an den Sektorengrenzen ab. Im Innern des demokratischen Sektors gab es keine oder doch so gut wie keine Brandstiftungen, Plünderungen, Überfälle, Schießereien, Bluttaten. Doch tief im Ami-Sektor brüteten hinter streng bewachten Türen Mr. Allan Dulles, Chef des USA-Spionage- und Sabotagedienstes, Kaiser, Bonner Minister „zur Verhinderung der gesamtdeutschen Einigung“, wie ihn unsere westdeutschen Landsleute nennen, Wehner, Leiter des illegalen SPD-Ostbüros, das aus, was dann jenseits der Sektorengrenze brennende und blutige Wirklichkeit wurde. Dulles war aber nicht inkognito nach Berlin gereist, damit Kioske, Pavillons, Geschäfte in Flammen aufgingen. Sein „höheres“ Ziel war, den Weltbrand in Berlin zu entfachen. Bis zum Mittag des 17. Juni hoffte Dulles auf Erfolg. Aber der „Tag X“ endete nicht mit dem Ausbruch des dritten Weltkrieges. Daran hatten außer der Mehrheit unserer Werktätigen, die der Hetze der Raufbolde und Provokateure nicht folgten, außer unseren Volkspolizisten, die besonnen und unerschrocken ihren Dienst taten, das Hauptverdienst die Sowjetsoldaten. Wieder einmal – wie schon so oft – erwies sich die Sowjetunion als wahre Friedensmacht. Durch ihr bloßes Dasein, durch das Anrollen ihrer Panzer retteten die Sowjetsoldaten den Frieden der Welt. Die Berliner konnten wieder aufatmen.“

2. Über Stereotype, Vorurteile und Feindbilder

Wenn die sozialwissenschaftliche Forschung von „Bildern“ spricht, in denen sich die kollektiven Wahrnehmungen einer Gesellschaft widerspiegeln, dann unterscheidet sie Stereotype, Vorurteile und Feindbilder.

Stereotype sind verallgemeinernde, klischeehafte und vereinfachende Vorstellungen von einer Person, einer Gruppe oder einem Sachverhalt. Alf Lüdtke, Ingo Marßolek und Adelheid von Saldern sehen beispielsweise das deutsche Amerika-Bild im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts von Stereotypen wie „Machbarkeit“ von Natur und Geschichte“, „Übermacht amerikanischer Technik“, „American Way of Life“,

„Amerika – eine ‚Massengesellschaft‘“, „Amerika – ‚ein Land ohne Kultur““ geprägt. Solche nationalen Stereotype dienen der „Reduktion kognitiver Komplexität“, d.h. der Entlastung des Einzelnen von der übermächtigen Flut von Bild-Details. Wovon man ein stabiles Vorverständnis besitzt, das kann trotz seiner Vielschichtigkeit und Andersartigkeit nicht mehr irritierend sein. Ein Stereotyp entlastet von der mühsamen Arbeit des Nachdenkens und ist gegen Selbstzweifel immun.

Demgegenüber besitzen Vorurteile niemals lediglich eine kognitive Dimension, sie haben immer auch eine affektive und konative Komponente. Sie speisen sich aus unbewussten Konflikten und Ängsten und projizieren das Unangenehme und Bedrohliche des eignen Seelenlebens auf die Außenwelt.

Feindbilder sind *extrem negative* Vorurteile über Menschen, Länder oder Ideologien, die bis zur Überzeugung der Notwendigkeit der Vernichtung des Feindes reichen können. Feindbilder implizieren stark oder schwach ausgeprägte Bedrohungsvorstellungen, die berechtigt oder unberechtigt sein können. Bedrohungen, zumal im Bereich internationaler, zwischenstaatlicher Beziehungen, können auf unterschiedlichen Gebieten wahrgenommen werden: auf militärischem, ökonomischem, ideologischem, technologischem, kulturellem usw. Die Existenz eines Bedrohungsgefühls unterscheidet Feindbilder von Gegnerbildern. Erst die Wahrnehmung umfassender Bedrohung, im Extremfall die Befürchtung eigener physischer Vernichtung, lässt den Gegner zum Feind werden. Feindbilder gehen in der Regel mit der Dehumanisierung des Gegners einher, sie weisen häufig ein hohes Maß von Spiegelbildlichkeit auf. Typische Wahrnehmungsmuster im Feindbild sind:

- ◆ Nachdenken über den „schlimmsten Fall“
- ◆ Schwarz- Weiß- Denken

Doppelte Maßstäbe: Unterschiedliche Bewertung der eignen und der gegnerischen Verhaltensweisen

- ◆ Entlastende Projektionen
- ◆ Monolithische Gegnerwahrnehmung
- ◆ Sich selbsterfüllende Prophezeiungen.

Lässt man sich von diesen stichwortartigen definitiven Überlegungen leiten, dann trifft die Formulierung „Feindbild Amerika in der DDR“ nur sehr einseitig auf die Wahrnehmung Amerikas in der DDR zu. Amerika war ein „anderer Planet“, um

den Titel des Reiseberichts von G. Kunert aufzugreifen, aber nicht unbedingt ein feindlicher Planet. Häufig war und wurde es auch zum „Gelobten Land“. Angemessen lässt sich wohl nur von einer Pluralität von Amerika-Bildern in der DDR sprechen, da man von wenigstens drei Amerika-Bildern ausgehen kann. Neben dem offiziellen Amerika-Bild der Partei und des Staates, das am ehesten Züge eines Feindbildes trug, gab es ein alltagskulturelles und ein intellektuelles Amerika-Bild. Zwei Züge der DDR-Gesellschaft werden seit 1990 eigentümlicherweise in der Debatte über Ostdeutschland systematisch unterschätzt: Erstens die Tatsache, dass die DDR eine *Ideokratie* war, d.h. ein Gesellschaftssystem, in dem die Machtelite in ihrer Wirklichkeitswahrnehmung und ihrem politischen Handeln in hohem Maße von ideologischen Mustern und Stereotypen geleitet wurde. Und zweitens unterschätzt man das Maß der *Westbindung*, das für weite Teile der Bevölkerung tatsächlich charakteristisch war. Die DDR war in ihrem politischen System, in ihrem Wirtschaftssystem eine (zwangs-) sowjetisierte westliche Industriegesellschaft, aber sie erfuhr in der Alltagskultur mit jedem Jahrzehnt ihrer Existenz eine partielle, informelle und verzögerte „*Amerikanisierung von unten*“. Diese zeigte sich am sinnfälligsten in der seit den 50er Jahren aufkommenden neuen Jugendkultur. Aber nicht nur für die Jugend, sondern für die gesamte DDR-Gesellschaft war stets die „amerikanisierte“ Bundesrepublik der stabile Orientierungspunkt, die „primäre Referenzgesellschaft“. Die DDR vollzog gerade im Bereich der Alltagskultur in spezifischer, „eigenlogischer“ Weise die meisten Entwicklungen „mit“ bzw. „nach“, die in der Bundesrepublik zu beobachten waren.

Das offizielle Amerika-Bild der DDR lässt sich nur bedingt als Feindbild im obenerwähnten Sinne der Wahrnehmung einer übermächtigen Bedrohung charakterisieren. Für ein handlungswirksames, emotionalisiertes Feindbild war es zu verstandesmäßig, zu eindeutig aus ideologischen Grundpositionen abgeleitet. Eher lässt sich von einem ideologischen *Anti-Amerikanismus* sprechen. Handlungsrelevant wurden eher antim Amerikanische Stereotype oder konkrete situative Konfliktlagen.

3. Die Amerikapolitik der DDR

Um dies zu verdeutlichen, sollen hier zunächst in hochselektiver Weise die bilateralen Beziehungen zwischen den USA und der DDR skizziert werden. Wie bei der Analyse aller internationaler Beziehungen müssen dabei zwei Ebenen unterschieden werden: die Ebene der Realität, wie sie sich beispielsweise in

zwischenstaatlichen Verträgen oder Zusammenarbeit in internationalen Organisationen manifestiert, und der Ebene der Wahrnehmung dieser Realität, die natürlich nicht deckungsgleich mit der ersten ist.

Es ist häufig behauptet worden, die DDR-Politik der Vereinigten Staaten habe ganz im Schatten ihrer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik gestanden. Das trifft den Sachverhalt sicherlich nicht in vollem Umfang. Aber richtig ist, dass die DDR nur als Vasall der Sowjetunion und kommunistisches Gegenüber der Bundesrepublik im Blick- und Handlungsfeld der amerikanischen Außenpolitik auftauchte. Die Amerikaner formulierten für ihre DDR-Politik drei Schwerpunkte, von denen sie über die Jahre hinweg nicht abwichen, als die DDR in diesen nur zu symbolischem Entgegenkommen und nicht zu substantiellen Zugeständnissen bereit war. Es war dies erstens der Anspruch der jüdischen Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes auf eine angemessene Entschädigung. Die USA wollten die DDR, die sich auf einen „universalisierten Antifaschismus“ (Lepsius) berief, nicht aus der Verantwortung für die deutsche Geschichte vor 1945 entlassen. Hier forderte Washington in Übereinstimmung mit der „Jewish Claims Conference“ als pauschale Entschädigung 100 Mio US\$, eine gering erscheinende Summe in Anbetracht der unfassbaren Vorgänge im NS-Staat. Das Abweisen der amerikanischen Forderung zeigt wiederum die einengende Dominanz der Ideologie, die ein situations- und interessenbezogenes Handeln der Partei- und Staatsführung der DDR verhinderte. Die Anti-Faschisten konnten sich nicht zu einer Wiedergutmachung dieses nationalsozialistischen Unrechts durchringen, eines Unrechts, dem sie ihrer Meinung nach schon durch die nach 1945 erfolgten Reparationen ausreichend Tribut gezahlt hatten. Aber auch die Amerikaner hatten ihre Prinzipien. Eine in den 80er Jahren an die Claims Conference sozusagen als Versuchsballon überwiesene Summe von 1 Mio \$ wurde vom Adressaten als unzureichend postwendend zurückgesandt.

Zweitens war den Amerikanern die Unterstützung der marxistisch orientierten Befreiungsbewegungen insbes. in Afrika und Mittelamerika durch die DDR ein Dorn im Auge. Für Washington gab es keinen Grund, voreilig dem sowjetischen Vasallen, der im Vorhof des Machtbereichs der USA technische Hilfe für Insurgenten leistete, durch diplomatische Anerkennung Prestigegewinne zu verschaffen.

Und drittens bildete die Mauer seit 1961 einen unumstößlichen Beweis für die Nichtachtung der Menschenrechte durch die DDR. Wiederholt protestierten die USA

scharf gegen die Verletzung des Viermächte-Status im Zusammenhang mit der Verfolgung von Flüchtlingen an den Sektorengrenzen.

Von 1949 bis 1974 dauerte diese Phase der völkerrechtlichen und diplomatischen Nichtanerkennung der DDR durch die USA. In diese Zeit fielen eine ganze Reihe von Ereignissen, die die USA an der Richtigkeit ihrer Politik nicht zweifeln ließen. Diese Zeit erscheint als eine Abfolge von Krisen, in denen die Sowjetunion im ostdeutschen Vorfeld ihres Machtbereichs die Amerikaner herausforderte und deren im Vier-Mächte-Abkommen garantierte Position zu schwächen versuchte. 1949 wird die Berlin-Blockade der Sowjets durch die amerikanische Luftbrücke überwunden; 1953 beschuldigt die ostdeutsche Führung die Amerikaner der Planung und Durchführung des Juni-Aufstands; 1958 scheitert das Chruschtschow-Ultimatum, das den Abzug aller alliierten Truppen und die Bildung einer „Freien Stadt West-Berlin“ fordert, an der Festigkeit der Amerikaner und des Westens; 1961 legitimiert Ost-Berlin den Bau der Mauer als „antifaschistischen Schutzwall“ auch mit der fortdauernden Subversion der Amerikaner; 1963 wertet Ost-Berlin John F. Kennedys Berlin-Besuch („Ich bin ein Berliner“) als Provokation.

In den 70er Jahren folgte eine kurze Periode der Entspannung. Im September 1971 wurde das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin geschlossen, das die Verbindungswege nach West-Berlin garantierte. 1972 folgte der Grundlagenvertrag Bundesrepublik-DDR mit dem Verzicht auf den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und der Anwendung der Hallstein-Doktrin. Aber erst nachdem 1973 die DDR (und die Bundesrepublik) in die Vereinten Nationen aufgenommen worden war, nahmen die USA dann 1974 als 110. Staat diplomatische Beziehungen zur DDR auf.

1979 folgte zwar noch ein Konsularvertrag zwischen Washington und Ost-Berlin, aber danach stagnierten die offiziellen Beziehungen zwischen beiden Staaten schon wieder. Die Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan wirkten sich aus. Weder das erstrebte Handelsabkommen (und die ersehnte „Meistbegünstigungsklausel“), noch ein Kulturabkommen mit den USA kamen bis zum Ende der DDR zustande. Anfang der 80er Jahre betrieben die USA mehr und mehr eine „Differenzierungspolitik“ gegenüber den mittelosteuropäischen Satelliten-Staaten der Sowjetunion. Die tschechoslowakische Charta 77 und die polnische Solidarnosc-Bewegung 1980 hatten die Dissidenz und die unterschiedlichen politischen Entwicklungsrichtungen in Osteuropa aufgezeigt.

Die DDR rutschte unaufhaltsam in die Ecke der unbelehrbaren hardliner-Staaten. Machtpolitischer Realismus auf Seiten der USA und halsstarrige Selbstüberschätzung und Fehlwahrnehmung der Realitäten seitens der Machtelite der DDR verhinderten bis zum Mauerfall jeden Fortschritt in den bilateralen Beziehungen.

4. Das offizielle Amerikabild und seine Wirkungen

Das offizielle und machtgestützte Amerika-Bild der DDR war durch fünf Komponenten gekennzeichnet: die USA als Hauptmacht des „Imperialismus“ (Leninsche Imperialismustheorie); die USA als Bollwerk des Monopolkapitals und damit latente Faschismusgefahr (offizielles Faschismusverständnis); die USA als Herrschaft der „Monopolbourgeoisie“ und als (ausgebeutetes) amerikanisches Volk („Zwei-Nationen-Theorie“); die USA als Land kulturellen Verfalls (deutsches Stereotyp – Land ohne Kultur). Und: die USA als Teilnehmer der Anti-Hitler-Koalition. (1957 hatte der damalige Staats- und Parteichef Ulbrich in einem Interview für eine amerikanische Fernsehstation erstmals seit Ausbruch des Kalten Krieges wieder eingeräumt: „Auch das amerikanische Volk hat in zwei blutigen Weltkriegen Zehntausende seiner Söhne im Kampf gegen denselben räuberischen deutschen Militarismus und Imperialismus verloren.“)

Nachdem der 20. Parteitag der KPdSU 1956 die Doktrin der friedlichen Koexistenz zur Leitlinie der Außenpolitik des sowjetischen Blocks erklärt hatte, ermöglichten diese fünf Komponenten eine beschränkte flexible Anpassung der DDR-Position an die jeweilige Großwetterlage des Ost-West-Konflikts. Man konnte von einer Verschärfung des ideologischen Klassenkampfes mit den USA ebenso sprechen wie von einer in der Geschichte angesiedelten traditionellen Vernunft- und Kriegsvermeidungspolitik. Das offizielle Amerikabild der DDR wirkte natürlich weitaus eher in der DDR selbst als auf dem Parkett internationaler politischer und diplomatischer Aktivitäten. Allerdings keinesfalls in dem linearen Sinne, wie es seinen Propagandisten in politischen Reden und in den Medien vorschwebte. Seine „Eindringtiefe“ musste grundsätzlich empirisch für die einzelnen Perioden der DDR-Geschichte, die unterschiedliche Generationen und Gruppen der DDR-Gesellschaft differenziert beschrieben werden. Pauschal aber kann man sagen, dass die Glaubwürdigkeit offizieller Ideologeme in dem Maße abnahm, wie das Ideal der DDR-Gesellschaft an den faktischen Realitäten zu scheitern begann. In den 60er

Jahren war es der Versuch, „Nieten in Hosen“ aus den Schulen und von den Tanzböden zu verbannen. In den 70er Jahren waren es die langen Haare und die Rockmusik, denen das System als Ausdruck amerikanischer Dekadenz einen hartnäckigen aber aussichtslosen Kampf ansagte. In diesen Konflikten, in denen sich das offizielle Amerikabild am Erfahrungshorizont der DDR-Bürger rieb, erfolgte auch seine grundsätzliche legitimatorische Desavouierung. Die DDR erlebte eine alltagskulturelle, ästhetische „Amerikanisierung von unten“, keine Verankerung der ideologischen und politischen Zielvorgaben der marxistisch-leninistischen Ideologie. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass in den Zeiten der Zuspitzung des Kalten Krieges (z.B. Nachrüstungsdebatte der 80er Jahre), die auch in der DDR-Bevölkerung geteilten Ängste und Bedrohungsgefühle zu einer stärkeren Akzeptanz des parteioffiziellen Vorwurfes einer kriegstreiberischen Politik der USA führten. Im ganzen aber konnte sich das Amerikabild als Teil der marxistisch-leninistischen Ideologie niemals wirklich handlungsleitend etablieren.

Das intellektuelle Amerikabild wiederum wies drei Komponenten auf: die starke Systembindung vieler Wissenschaftler und Intellektueller führte dazu, dass man in deren Texten und Verlautbarungen sehr viele Aspekte des offiziellen Amerikabildes finden konnte. Spätestens aber nach der Biermann-Ausbürgerung 1976 trat mehr und mehr der Aspekt der individuellen Freiheits- und Menschenrechte, manchmal noch gepaart mit einem „alt-deutschen“ Gefühl der kulturellen Überlegenheit an die Stelle des offiziellen Amerikabildes.